

Bezugsbedingungen und Anzeigerpreise sind in der Rotationsausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cludenstraße 3
Telefon: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend

26. März 1927

Verlag und Anzeigerabteilung
Geschäftszweig 84 bis 8 Ude
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cludenstraße 3
Telefon: Dönhoff 292 - 297

Vier Todesurteile im Wilms-Prozess.

Schulz als Anstifter, Fuhrmann, Klapproth und Umhofer wegen Mordes verurteilt, die übrigen Angeklagten freigesprochen.

Im Fememordprozess Wilms verkündete heute um 12 Uhr 40 Minuten der Schwurgerichtsvorsitzende Siegert das folgende Urteil:

Die Angeklagten Fuhrmann, Klapproth und Umhofer werden wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode verurteilt. Der Angeklagte Schulz wird wegen Anstiftung zum Mord zum Tode verurteilt. Die Angeklagten v. Poser, Dr. Stantien und Budzinski werden freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen, soweit nicht Freisprechung erfolgt ist, den Angeklagten zur Last.

Die Urteilsbegründung:

Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Siegert führte in der Urteilsbegründung u. a. aus: Die Ereignisse, die diesem Prozess zugrunde liegen, gehen auf die Jahre 1922/23 zurück, auf die Zeit, als das Deutsche Reich durch Frankreich schwer bedroht wurde. Die Reichswehr schien nicht imstande, dieser Drohung allein gewachsen zu sein, deshalb entstanden die Arbeitskommandos, Formationen, die bestimmt waren, für die Reichswehr die Reserve zu bilden, ein Schutzwall für die Insurgenteneinfälle im Osten zu sein. Diese Gebilde wurden als Rahmenorganisationen für Offiziere und Unteroffiziere gestaltet, die die Mannschaften auszubilden hatten. So sollten Truppen geschaffen werden, die gegebenenfalls ausstünden, um den Rücken der Reichswehr zu decken.

Schulz hatte das erste derartige Arbeitskommando in Küstrin vorbildlich ausgeführt. Bald darauf entstanden ähnliche Arbeitskommandos in Spandau, Döberitz, Rathenow, Potsdam. Buchrucker war es, der in dem Wehrtreib 3 die organisatorische Leitung übernahm, Schulz war seine rechte Hand. Die Funktionen und die Aufgaben dieses Wehrtreibs waren derart, daß

nichts von ihnen in die Öffentlichkeit dringen sollte, sollten der Staatsregierung keine Schwierigkeiten entstehen. So war die Geheimhaltung das A und O der ganzen Einrichtung. Um die Geheimhaltung zu erzwingen, wurde zu dem schwersten Terror gegriffen.

Selbst vor Tötung schreckte man nicht zurück.

Solch eine Tötung beschloß auch in diesem Prozess das Gericht. Die Urteilsbegründung kommt dann auf die bekannten Ereignisse zu sprechen, die Wilms Eintritt in die Arbeitskommandos vorausgehen, auf seine Verletzungen, auf seinen Transport nach Spandau und Rathenow und auf die Art, wie er betrunken gemacht und ermordet wurde. Fuhrmann, Klapproth und Umhofer sind als Täter überführt worden. Fuhrmann ist am Tage der Tat in Rathenow erschienen. Er ist dem von Schulz versprochenen Auto entgegengefahren und er hat Sommerfeld gegenüber ein Geständnis abgelegt. Klapproth hat bereits seinem eigenen Geständnis nach eine ähnliche Tat, wegen der er in Landsberg verurteilt worden ist, begangen. Verdächtig erscheint es, daß er sich auf seine Anwesenheit in der „Neuen Welt“ nicht besinnen will, weil er betrunken gewesen sei. Nicht betrunken war er jedenfalls, als er das Auto nach Rathenow brachte. Zeugen haben ihn aber als Chauffeur im Auto gesehen, als dieses die „Neue Welt“ verließ. Umhofer war derjenige, der sich von Anfang an

an Wilms Fersen geheftet

hat. Er war auch mit an der Havel.

Was Schulz anzutrifft, so muß schon von vornherein auffallen, daß sich bei der Tat verschiedene Personen zusammengefunden haben, die zu verschiedenen Formationen gehörten. Es konnte sie nur ein gemeinsamer Wille vereint haben. Der gleiche Wille, der in ihnen auch den Entschluß, Wilms zu töten, hervorgerufen hat. Die Entscheidung konnte jedoch nur zentral getroffen sein. Denn kein Unterführer hätte die Verantwortung für die Ermordung auf die eigene Kappe genommen. Verantwortlich für die ganze Arbeit der Arbeitskommandos war aber der Angeklagte Schulz. Er allein hatte die Macht, Poser den Befehl zu erteilen, Wilms der Kommission zu übergeben. Da der Prozess keinen Beweis dafür erbracht hat, daß jemand von den Reichswehroffizieren den Befehl erteilt hat, so konnte nur Schulz derjenige gewesen sein, der ihn gegeben hat. Gutsnecht konnte dies allein auch nicht getan haben. Hinzu kommt noch, daß auch andere Fälle wie die Ermordung Paniers oder Gröschkes nur auf den Befehl der Zentrale haben ausgeführt werden können.

Es ergab sich eben aus der ganzen Situation, daß eine Geheimhaltung erzwingen werden mußte, und so lag es nahe, daß die Feme von den Wehrtreib nach dem Vorbild von Oberschlesien übernommen wurde. Das Gericht ist überzeugt, daß es sich hier um die Femeorganisation gehandelt hat. v. Poser, Stantien und Budzinski sind zwar in höchstem Maße verdächtig, Beihilfe geleistet zu haben. Das Material gegen sie hat jedoch nicht ausgereicht, um sie zu verurteilen.

Die bürgerlichen Ehrenrechte hat das Gericht nicht aberkannt. Und zwar aus folgenden Gründen: Die Angeklagten

haben die Tat begangen. Es war eine scheußliche und verwerfliche Tat, für die sie die ganze Verantwortung tragen; sie haben sie aber nicht aus Eigenmuth und nicht aus eigensüchtigen Gründen begangen; sie glaubten, damit einer guten Sache zu dienen, und dieser gute Glaube kann ihnen nicht abgesprochen werden. Eine gewisse Entschuldigung und eine Erklärung für ihre Tat ist auch darin zu finden, daß die Reichswehr bei der Einrichtung der Arbeitskommandos hätte sich dessen bewußt sein müssen, daß sie Formationen schafft, die geheimzuhaltend sind. Wenn sie die Lösung dieses Problems allein dem Arbeitskommando überlassen hat, so hat sie auch auf sich eine große Verantwortung übernommen, da sie sich hat sagen müssen, welche Erscheinungen daraus entstehen würden. Sie hätte die Arbeitskommandos einer scharfen Kontrolle unterziehen müssen, um derartige Erscheinungen zu verhindern. Das ist nicht geschehen. Trotzdem tragen die Täter die volle Verantwortung für die scheußliche Tat. Sie ist nicht zu entschuldigen. Das Gericht hat sich ferner die Frage vorgelegt, ob es nicht in anderer Weise für sie eintreten soll. Es hat deshalb beschlossen, den Gnadenweg zu beschreiten.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sie Erklärungen abzugeben hätten, erklärt der Angeklagte Fuhrmann, daß er Revision einlegen wolle. Die anderen Angeklagten enthalten sich jeder Erklärung. Das Urteil nahmen sie alle gefaßt entgegen.

Mit diesem Urteil hat der letzte der Fememordprozesse vorläufig seinen Abschluß gefunden. Im vollen Lichte der Öffentlichkeit ist es den Winkelzügen der Angeklag-

ten und ihrer Verteidiger nicht geglückt, die Schuld von der Ermordung des Wilms von sich abzuwälzen und auf gestülpte Mittäter abzuschleichen. Es ist endlich auch der Organisator des Ganzen, der Angestellte des deutschnationalen Landarbeiterbundes, Schulz, als Mordanführer gebrandmarkt, nachdem es ihm bisher immer gelungen war, sich mit der Toga des nationalen Reiters zu behängen.

Zur Schau stand in diesem Prozess vor allem das System der „Schwarzen Reichswehr“ und damit die Reichswehr selbst. Daß Mordbuben ein Opfer niederschlagen und den Leichnam verscharren, das ist in der Neuzeit leider nicht mehr so selten, daß es noch besonderes Aufsehen erregen könnte. Auch der ermordete Wilms würde die Öffentlichkeit kaum noch so lange beschäftigt haben, wenn er nicht ein Opfer der Feme war und wenn sich nicht die aus der Geheimorganisation der Schwarzen Reichswehr kommende Feme zu einer Gefahr für das ganze Volk entwickelt hätte.

Dieser Mordfall Wilms war eben nur ein Glied in einer langen Kette ganz gleichartiger Fälle. Bedenklich war es, die zusammenhängenden Glieder zu zerreißen und das Gericht über die Schwarze Feme in eine Reihe von Einzelprozessen zu zerlegen.

Da war eine Verhandlung in Schwerin — hinter verschlossenen Türen —, eine andere in Berlin, von der Öffentlichkeit kornbischer abgeschlossen; dann die drei Verfahren in Landsberg mit wechselnder Aufmachung und nun diese und

Das Brot wird noch teurer!

Erhöhung des Mehlszolls — aber kein Geld für Kinder-speisungen.

Der Bürgerblock, der im Etat die für Kinderspeisungen vorgesehenen Ausgaben von 5 Millionen Mark angeblich aus Geldmangel gestrichen hat, überraschte den Reichstagsausschuß für Handelspolitik mit einer Vorlage, wonach der Mehlszoll ab 1. April von 10 M. auf 12,50 M. je Doppelzentner erhöht werden sollte. Trotz des scharfen Einpruches der Sozialdemokratie, die dieses große Geschenk an die Großagrarien und an das Mühlenkapital auf Kosten der Verbraucher verhindern wollte, setzte sich die bürgerliche Mehrheit über alle Bedenken hinweg und beschloß heute diese Maßnahme, die eine neue Verteuerung des Brotes für die notleidenden Massen der arbeitenden Bevölkerung, eine neue Verkürzung der Lebenshaltung der ohnehin zum Hunger verurteilten Erwerbslosen bedeutet.

Diesem Beschluß gingen Beratungen voraus, die das ganze System des Reichsblocks und seine Brotwucherpolitik auf das drastischste kennzeichneten.

Spekulation mit Reichsgeldern auf Kosten der Verbraucher!

Seit rund einem Jahre hat Deutschland eine Getreidehandels-gesellschaft. Sie wurde durch ein Reichsgesetz gegründet, mit dem Ziele, die Preise für landwirtschaftliche Produkte zu stabilisieren, das heißt, in bezug darauf einen billigen Ausgleich zwischen Produzenten und Konsumenten herbeizuführen. Zu diesem Zweck stellte ihr das Reich einen Kredit von 30 Millionen Mark zur Verfügung. Die Sozialdemokratie stimmte feinerzeit gegen den betreffenden Gesetzentwurf, weil sie die Befugnisse der Getreidehandels-gesellschaft als nicht ausreichend betrachtete. Wie recht sie damit hatte, zeigte sich jetzt, als ihre Vertreter im Handelspolitischen Ausschuß die Regierung fragten, was eigentlich die Getreidehandels-gesellschaft im ganzen ersten Jahre ihrer Tätigkeit eigentlich getan hat.

Die Regierung ließ durch ihren Vertreter zunächst erklären, daß die Getreidehandels-gesellschaft anfänglich eigene kleine Bar-räte an Getreide abgestoßen habe, ohne allerdings damit eine große Wirkung auf dem Markte zu erzielen, und daß sie später zum Terminhandel an der Börse übergegangen sei.

Mit dieser Erklärung gaben sich jedoch unsere Vertreter nicht zufrieden. Genosse Schmidt (Köpenick) erklärte rund heraus, daß

die Getreidehandels-gesellschaft immer nur dann eingegriffen habe, wenn es galt, die Getreidepreise hochzulieben;

sie habe sich also lediglich im Interesse der Produzenten, nicht der Konsumenten betätigt. Und Genosse Hilferding griff das ganze System dieser Art von Wirksamkeit der Getreidehandels-gesellschaft an. Diese Gesellschaft, so führte er aus, habe die 30 Millionen zu 1 1/2 Prozent erhalten, aber mit wenigstens 7 Prozent bei der Bank angelegt, wie aus der Regierungserklärung her-vorgehe.

Dazu seien aber Reichskredite nicht da, daß sich eine Gesell-schaft private Zinsannahmen verschaffe,

dazu seien im besonderen diese 30 Millionen nicht gegeben worden. Weiterhin ergebe sich nun, daß die sinkenden Terminnotierungen der letzten Zeit von der Getreidehandels-gesellschaft künstlich her-beigeführt worden wären, aber anscheinend nur, um auf sinkende Preise verweisen zu können, denn der tatsächlich gezahlte Preis werde davon doch nicht wesentlich beeinflusst. Infolgedessen würden von der Getreidehandels-gesellschaft mit staatlichen Mitteln auch noch Verlustgeschäfte und

völlig sinnlose Börsenspekulationen

gemacht. Das müsse die Regierung verbieten und dagegen sollten sich alle Parteien gemeinsam mit der Sozialdemokratie wenden. Jedenfalls zeige sich nun mit aller Deutlichkeit, daß die Getreidehandels-gesellschaft in ihrer jetzigen Verfassung nicht be- stehen bleiben könne, daß sie namentlich die Befugnisse haben müsse, alljährlich eine bestimmte Menge von Brotgetreide zollfrei aus den anderen Ländern einzuführen.

Die Regierung war nun wohl oder übel gezwungen, wenigstens etwas weiter aus sich herauszugehen. Sie erklärte, daß es sich bei der Beteiligung der Getreidehandels-gesellschaft am Ter-minhandel nicht um fiktive Geschäfte gehandelt habe, sondern um Abgaben, die durch tatsächliche Ankäufe im Ausland gedeckt worden seien. Um wieviel es sich dabei handele, wolle sie nicht sagen, weil sonst die Wirkung dieser Art von Betätigung verloren ginge. Im übrigen vertrat sie den Standpunkt, daß die Getreidehandels-gesellschaft nicht ihr ganzes Kapital ausgeben dürfe, weil sie Reserven an sich und darüber hinaus eine Möglichkeit haben müsse, etwaige Verluste zu decken.

In der weiteren Auseinandersetzung, an der sich auch die bürgerlichen Vertreter lebhaft beteiligten, verlangte Genosse Hilferding, daß die Regierung doch endlich einmal klipp und klar sagen solle, wieviel die Getreidehandels-gesellschaft eigen-lich ausgegeben habe, damit man alles klar sehen könne. Ge-nosse Wiffel wies darauf hin, daß es entsprechend den Mitteilungen der Regierung nur logisch sei, wenn nun die Befugnisse der Getreidehandels-gesellschaft besonders nach einer bestimmten Richtung hin erweitert würden. Deshalb stellte er im Namen der sozial-demokratischen Ausschußmitglieder folgenden Antrag:

„Die Getreidehandels-gesellschaft wird ermächtigt, zur Senkung des inländischen Roggenpreises zollfrei Roggen aus dem Ausland einzuführen.“

Dazu erklärte selbst ein bürgerlicher Abgeordneter, Professor Dettmer (3.), daß ernstlich nachgeprüft werden müsse, ob nicht der Getreidehandels-gesellschaft tatsächlich größere Befugnisse zuzubilligen wären, wobei er offen zugab, daß solche Spekulationen mit Staatsmitteln nicht schön seien und außerdem die Gefahr bestände, daß einmal eine stärkere Hand im Ausland dagegen operiere.

Die bürgerliche Mehrheit lehnte jedoch bei der Ab-stimmung den sozialdemokratischen Antrag, der die Getreidehandels-gesellschaft zu einem Instrument des Schutzes gegen übermäßige Brotpreise machen wollte, unter nichtsjugenden Vorwänden ab!

vorläufig letzte Verhandlung vor dem Schwurgericht in Berlin. Ein blutiger Faden zieht sich durch alle diese Einzelprozesse: Es ist das Geheimnis der „Arbeitskommandos“; das im Volksmund den rechten Namen der „Schwarzen Reichswehr“ führt und das der verantwortliche Minister schönfärbend als „getarnte“ Formationen zu bezeichnen pflegt.

Diese Formationen wurden von amtlichen Reichswehrstellen aufgezogen, teils mit amtlichem Papiergeld, teils aus Mitteln, die die notleidenden Agrarier des Ostens und die Industriekapitäne des Westens in geheime Fonds beisteuerten. Wer diese Geldgeber im einzelnen gewesen sind, wird wohl kaum jemals vollkommen klargestellt werden. Was sie mit ihren Spenden beabsichtigten, ebenso wenig. Nach außen freilich sucht man auch heute noch den Anschein zu erwecken, als hätte es sich um eine „nationale“ Abwehraktion gegen erwartete polnische Ueberfälle auf deutsches Gebiet gehandelt, etwa nach dem Muster des obereschlesischen „Selbstschutzes“.

In Wahrheit aber erfolgte die Aufstellung dieser Komitachi-Banden zum Kampfe gegen den „inneren Feind“. Es war jene Zeit, in der das Diktaturgespenst in Deutschland umging, als die Hitler-Knappen und die Rahr-Brüder in Bayern spukten und mit dem Pommerschen Landbund Bruderküsse tauschten. Es war die Zeit der Inflation mit ihren zerrüttenden Folgen, die den Gewaltpolitikern goldene Zukunftsaussichten zu eröffnen schien. Damals wurden jene Geister gerufen, die sich später nicht mehr bannen lassen wollten. Damals wurden die „Arbeitskommandos“ der „Zivilarbeiter“ aufgestellt, deren Arbeit darin bestand, abwechselnd zu exerzieren, vor den Militärkommandanten in voller militärischer Ausrüstung zu paradiere und daneben wüste Saufgelage abzuhalten. Das Geheimnis ihres Daseins zu wahren, war diesen Landnechtsformationen zur Pflicht gemacht. „Verräter verfallen der Feme“ — dieser Satz aus dem Statut der Ehrhardt-Organisation galt auch für die rüden Gefellen, die sich, um mit einem der militärischen Zeugen aus dem Wilms-Prozess zu sprechen, bei den Arbeitskommandos herumtrieben, weil sie vor der Polizei etwas zu verbergen hatten. „Verräter“ war aber jeder, der den Weg zum Zivil wieder suchte, der sich bei dem Tageliedgeschäft aus irgendeinem Grunde nicht mehr wohl fühlte. So wurden diese angeblichen „Verräter“ einfach kalt gemacht!

Eine stillke Verrohung, wie wir sie sonst nur aus der Geschichte des Dreißigjährigen Krieges kannten, machte sich bei diesen Nachkriegsgezeiten breit. Der Schwedentrunke von damals, das Gassenlaufen lebte wieder auf. Wer sich wirklich in guter Gesinnung in die Herden verirrt hatte, war binnen kurzem des Ekels voll oder aber in den Sumpf hineingezogen.

Trotzdem wären diese Banden bald ausgeräuchert worden, wenn ihnen nicht der amtliche Schutz der Reichswehr zur Seite gestanden hätte. Wir verraten heute kein Geheimnis mehr, wenn wir sagen, daß große Teile der Schutzpolizei einem Befehl zum Sturm auf die Döberitzer und Spandauer Berestecke geradezu erwartend haben, daß sie aus politischem Reinlichkeitsbedürfnis die Stroche gern gerächt hätten, die sich da mit der Uniform der republikanischen Reichswehr umhertrieben, um, wenn möglich, die Polizei über den Haufen zu rennen. Der Befehl zum Sturm ist nicht erteilt worden. Die Vereinigung ist ohne Blutvergießen versucht worden, nachdem die „nationalkommunistischen Hausen“ — wie der lügnische Reichswehrausdruck lautet — in Küstern die „polnische Gefahr“ durch einen Sturm auf das Kommando der Reichswehr zu bekämpfen versucht hatte. Erst nachdem dort die legare Reichswehr die „Schwarze“ zusammengeschoßen hatte, ging den Stellen in Berlin ein Licht auf, welche Früchtchen sie in ihrem Garten gezeitet hatten.

Die preußische Regierung, besonders der von den Reaktionsären veräfferte Innenminister Severing und seine

Behörden, haben damals die volle Auswirkung der Butschgefahren verhindert. Sie haben durch ihre Wachsamkeit das freie Spiel unterbunden, das mit der Republik und dem notleidenden Volke getrieben werden sollte.

Nicht verhindern konnten sie die Feme und die Mordataren, die auf dem Boden der von der Reichswehr offiziell aber geheim errichteten „Arbeitskommandos“ sich breit machten. Aber wenn diese Schandlatten durch Gerichtsurteile nachträglich noch eine, wenn auch unzureichende Sühne gefunden haben, so ist das nicht der Reichswehr, sondern den preußischen Behörden zu danken. Es ist im Augenblick belanglos, ob Klapproth oder Imhofer, ob Guiknecht oder Schulz, ob Fuhrmann oder sonst jemand an dem Einzelmorde größeren Anteil hatte — das Wichtigste ist, daß endlich einmal vor aller Öffentlichkeit die Fäden aufgedeckt wurden, die von der „nationalen Verteidigung“ zu dem Mordsystem der „nationalkommunistischen Hausen“ führten.

Eine ungefehlige Zeitungsbeschlagnahme. Nach der Denunziation eines Spiegels.

Die in Regensburg erscheinende republikanische Wochenzeitung „Regensburger Echo“ wurde am 18. März auf Verfügung des Staatsanwalts beschlagnahmt, weil sie eine Zeichnung gebracht hatte, die das Vorgehen der Polizei gegen den Studenten Hartung karikierte. Hartung war von einem Polizisten erschossen worden, angeblich im Handgemenge, vermutlich jedoch bei dem Versuch, sich einer Feststellung seiner Personalien zu entziehen und zu flüchten. Der Polizist hatte sich bedroht gefühlt und auf den jungen Mann geschossen.

Eigenartig sind die Umstände, unter denen die Beschlagnahme erfolgt ist. Der Staatsanwalt hatte, entgegen dem Gesetz, ohne einen Gerichtsbeschluss die Beschlagnahme angeordnet. Er hatte durch den Sohn eines deutschnationalen Stadtrates von der beabsichtigten Wiebergabe des Bildes Kenntnis erhalten, der sich in der Mischieranstalt der Zeitung als Lehrling befindet und infolgedessen vorher angeben konnte, wann das Bild erscheinen würde. Ein Abzug des Bildes muß vorher in die Hände des Staatsanwalts gekommen sein. Der Plan der Beschlagnahme war daher in Regensburg bekannt, noch ehe die Zeitung mit dem inkriminierten Bild erschienen war!

Der Staatsanwalt gab die Zeitung frei, als weitere Drucke ohne das Bild mit einer entsprechenden Zensururkunde erschienen. So charakterisierte sich dieses ganze Vorgehen als ein Eingriff in die Pressefreiheit und als eine ungefehlige Zensur, gegen die öffentlich Einspruch erhoben werden muß.

Ein gesprengtes Stadtparlament. Neuwahlen in Brandenburg.

Brandenburg, 26. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Mehrheitsverhältnisse im Brandenburger Stadtparlament haben sich nach dem im Sommer 1926 erfolgten Ableben des Oberbürgermeisters, Genossen Walter Kuslender, zugunsten der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft verändert. Einige Wochen vor der Oberbürgermeisterwahl avancierte der wegen seines im Industrierat beteiligten Radikalsimus ausgeschlossene kommunistische Stadtverordnete Feldhahn vom Rotstandarbeiter zum Unternehmer. Vielleicht liegen darin die Gründe dafür, daß er am 25. November für den deutschnationalen Oberbürgermeisterkandidaten und in der Januarversammlung für den bürgerlichen Stadtverordnetenvorsteher stimmte. Bei der Wahl des Oberbürgermeisters war dieser „Stellungswechsel“ des Kommunisten ohne politische Folgen, Anders jedoch bei der Wahl des Stadtverordnetenvorstehers. Da sich bei dieser Wahl wieder 21 gegen 21 Stimmen gegenüberstanden, mußte das Los entscheiden, das diesmal gegen die Sozialdemokratie war. So wurde aus der sozialistisch-kommunistischen Mehrheit eine solche der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft.

Unter diesen Umständen haben die Sozialdemokraten beschlossen, die Auflösung des Stadtparlaments zu beantragen.

Dieser Antrag wurde am Donnerstagabend abgelehnt. Daraufhin legten unsere Genossen und die kommunistischen Stadtverordneten am Freitag ihre Mandate nieder. Gleichzeitig reichten sie eine Erklärung der noch auf den Listen der beiden Parteien stehenden Kandidaten ein, in der diese ihre Streichung von der Liste beantragen und eine Berufung zum Stadtverordneten schon jetzt ablehnen. Damit war die Befähigung der Stadtverordnetenversammlung hergestellt.

Schon wieder ein Landbundkrach.

200 000 Mark Bauerngelder verwirtschaftet!

Köln, 25. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Kreise Düren ist die Kreis-Bauges- und Abfah-Genossenschaft des Reichslandbundes in Konkurs geraten. Die Umstände, die zu diesem Konkurs führten, haben lebhaftes Aufsehen erregt und veranlassen jetzt unser Kölner Parteiorgan, die „Rheinische Zeitung“, sich eingehend mit diesem Konkurs, der sich immer mehr zu einem großen deutsch-nationalen Skandal ausweitet, zu beschäftigen.

Nach den vorläufigen Feststellungen hat die Genossenschaft Verluste von über 200 000 M., für die keinerlei Deckung vorhanden ist, erlitten. Bereits 1925 schloß der Geschäftsbericht mit 123 000 M. Unterbilanz ab. Daraufhin wurden die Geschäftsanteile der Mitglieder, die meist Kleinbauern waren, von 10 auf 60 M. erhöht. Trotzdem wurde die Schuld immer größer. Geschädigt sind insbesondere die Landwirtschaftsbank in Düsseldorf mit 15 000 M., die Städtische Sparkasse Düren mit 50 000 M., und außerdem laufen noch für 70 000 M. ungedeckte Wechsel.

Die geschädigten Kleinbauern des Kreises Düren sind über diese deutschnationalen Verwahrloseten um so empört, als auch jetzt noch versucht wird, den deutschnationalen Leiter der Genossenschaft zu schützen.

Die Not der besetzten Gebiete.

Erklärungen des Reichskanzlers im Reichstag.

Der Reichstag setzte heute die Haushaltsberatung beim Etat für die besetzten Gebiete fort. In Verbindung damit steht die zweite Beratung des Beschäftigungsleistungsgesetzes.

Reichskanzler Dr. Brüning als Minister für die besetzten Gebiete erklärte, daß das Reich sich bemühe, im Rahmen seiner gesetzlichen Pflichten und seiner finanziellen Lage den besetzten Gebieten zu helfen. Immerhin ständen 75 000 Mann fremder Besatzung in einem Gebiet, das vor dem Kriege nur 50 000 deutscher Garnison hatte. (Hört, hört!) Sie nehmen 9463 Wohnungen in Anspruch. Unsere berechtigten Forderungen sind also noch nicht befriedigt. Der Kanzler gibt der Erwartung Ausdruck, daß die in Locarno versprochene Herabsetzung der Truppenzahl nunmehr bald durchgeführt werde. Auch das Ordnungsamtliche entsprechende nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Trotz schwerer finanzieller Belastung habe das Reich den Wohnungsbau im besetzten Gebiet gefördert.

Der Ausschuss hat nun eingesehen zur Förderung von Wirtschaft und Arbeit im besetzten Gebiet 800 000 M., für besondere Zwecke 400 000 M., sowie einen Fonds von 30 Millionen zur Beseitigung der Notlage bei den Gemeinden, mittleren und kleinen Betrieben in Gewerbe, Handwerk und Landwirtschaft, sowie bei den Angestellten und Arbeitern im besetzten und geräumten Gebiet, ferner zur Erledigung der fristgerecht gestellten Anträge auf Bewilligung von Beihilfen aus dem Härtefonds. Dieser Härtefonds, so teilte der Kanzler weiter mit, befindet sich im Stadium der Abwicklung. Von 16 000 eingegangenen Anträgen seien 14 000 bereits erledigt, der Rest werde in kürzester Zeit erledigt sein. Neue Anträge könnten nicht mehr berücksichtigt werden, da die Fristen für die Anmeldeung wiederholt verlängert und nunmehr längst abgelaufen seien.

Die Unterstützung der Krankengeldempfänger an der Saargrenze hat der Ausschuss von 4,2 Millionen auf 3 Millionen herabgesetzt. Im ganzen sind zu diesem Zweck 7,3 Millionen ausgegeben worden. Die Verhältnisse haben sich dort wesentlich verbessert, so daß anzunehmen ist, daß die bereitgestellten Mittel ausreichen würden. Der Kanzler spricht schließlich die Bitte aus, daß die Wirtschaft in den besetzten Gebieten bei der Vergabe von Aufträgen bevorzugt berücksichtigt werde.

Für die sozialdemokratische Fraktion spricht hierauf Frau Abgeordnete Schillingen.

Shaws bekannteste Komödie.

Gestern gab das Deutsche Theater die Komödie, die Shaw neben „Frau Warrens Gewerbe“ am bekanntesten gemacht hat: „Der Arzt am Scheidewege“. Gewiß gibt es auch in diesem Stück manche „Konstruktionen“. Es ist unwahrscheinlich, daß ein Arzt nur noch einen Patienten mit seinem neuentdeckten Mittel gegen die Lungenemphyse behandelt kann, weil er mit den übrigen neun über Gebühre beschäftigt ist. Aber, was will das heißen gegen das geniale Gestaltungsvermögen Bernard Shaws, der die Lebensauffassung des romantisch empfindenden Künstlers und des realistischen Wissenschaftlers gegenüberstellt, die Schwächen beider aufzeigt und uns damit das Leben von einer höheren Warte aus zu betrachten lehrt. Der Künstler Dubedat ist ein Genie und Schürke zugleich, die Ärzte, deren aufdringliches Selbstbewußtsein und Prahlerei mit der Wissenschaft manchmal Seitenhieb abkommen, sind durchaus korrekte Staatsbürger, aber schlimmere Naturen als der Maler. Nur dessen Frau hat Verständnis für die entscheidbaren Schwächen ihres Mannes, der in einer anderen Welt lebt, einer Welt, die ein hohes Glück für alle bedeutet, die reinen Hergens sind.

Der Regisseur Erich Engel hatte viel Liebe auf das Stück verwendet und eine Schar von Darstellern aufgeboten, die den Abend zu einem der genussreichsten dieses ertragsreichen Theaterwinters gestalteten. Ein gedämpfter, verhalten-energischer, düsterer Wissenschaftler ist Oskar Homolka, ein würdiger, ehrsüchtiger, aber nicht alter Arzt Heinrich Schröth, ein polternder, sich überhebender, in seinem lächerlichen Starrsinn noch isopathischer Chirurg Otto Wallburg. Man glaubt seiner sonnigen Unbeherrschtheit und traut ihm die ärztlichen Erfolge zu, die er trotz falscher Diagnosen erzielt. Carola Lölle ist rührend in ihrer übermenschlichen Liebe zu ihrem moralisch angefaulten Gatten. Ernst Deutsch ist ganz das romantische Hochstapler- und Künstlergenie, wie es Bernard Shaw vorgeschwebt haben mag. Seine Schwindelkünste bringt er mit selbstverständlichem Kinderblick an. Und die glückverheißende Verkündung in seiner Todesstunde ist erschütternd. Werner Krauß, der den erfolgreichen, stets mit falschen wissenschaftlichen Voraussetzungen arbeitenden Arzt spielt, ist ein herrlicher Vossler, so wie ihn Shaw aufgeföhrt wissen will. Am eindrucksvollsten die Szene nach dem Tode seines Patienten Dubedat, in der er in geschwollenem Pathos leere Phrasen über den Sinn des Lebens und des Todes drischt. Wie er zuerst die Worte sucht und ihm dann das heile Geschwafel mühelos aus der Kehle sprudelt, das bleibt unvergessen.

Das Publikum war mehr ergriffen als belustigt, was ganz im Sinne Bernard Shaws sein dürfte.

Der „Deutsche Arbeiterkammerbund“, von Berlin, bringt im Rahmen der hiesigen Beethoven-Festerei Sonntag nachmittag 4,2 Uhr im Lustgarten vor der Kreistreppe zum alten Museum u. a. einen selten zu hörenden Beethoven-Chor zum Vortrag (Dirigent: Walter Dünel). „Bundeslied“ op. 122. Gedicht von Goethe. Das kleine Werk mit Klavierbegleitung wird von Kindern, Frauen- und gemischten Chören der Berliner Arbeiterkammer, unter Mitwirkung des Sinfonischen Blasorchesters (Dirigent: Wolfgang Kreislag), vorgelesen.

Eine Erklärung des Vorstandes der Volksbühne. Wir erhalten folgende Mitteilung: Der Vorstand der Volksbühne E. B. steht in der Art der Inszenierung des mit seiner Zustimmung zur Aufführung im Theater am Bülowplatz erworbenen Schauspiels „Gewitter über Gotland“ von Ehm Weil einen Mißbrauch der Freiheit, die er aus grundsätzlichen Erwägungen den mit der künstlerischen Führung der Volksbühnen-Häuser betrauten Persönlichkeiten einräumt. Das Stück Ehm Weils, dessen Annahme nicht wegen einer bestimmten Tendenz, sondern wegen seiner dichterischen Werte erfolgte — selbstverständlich unter voller Würdigung der inneren Beziehungen seines Stoffes zu Problemen der Gegenwart —, fand durch die Inszenierung Erwin Piscators, deren künstlerische Bedeutung anerkannt wird, eine tendenziös-politische Um- und Ausgestaltung, zu der keinerlei innere Notwendigkeit vorhanden war. Der Vorstand der Volksbühne E. B. stellt ausdrücklich fest, daß die Auswertung des Werkes zu einer einseitigen politischen Propaganda ohne sein Wissen und ohne seinen Willen erfolgt ist, und daß diese Art der Inszenierung im Widerspruch mit der grundsätzlichen politischen Neutralität der Volksbühne steht, die zu wahren er verpflichtet ist. Er hat bereits Maßnahmen getroffen, um seiner Auffassung von den Aufgaben der Volksbühne die notwendige Geltung zu sichern.

Beethoven-Ausstellungen. In einer Ausstellung, die bis zum 9. April täglich von 11 bis 2 Uhr unentgeltlich zugänglich ist, zeigt die Preussische Staatsbibliothek, unter den Linden, Beethoven-Manuskripte, Bilder und Erstdrucke. Die Parallelausstellung in der Hochschule für Musik in der Hardenbergstraße dauerte selber nur wenige Tage und ist jetzt bereits endgültig geschlossen, wenn man sich nicht noch besinnt und sie für die kommende Woche verlängert. Und das ist von Herzen zu wünschen. Was es in der Theorie auch richtiger aussieht, wenn man zwei gleichartige Ausstellungen zu einer vereinigt — und vieles in der Hardenbergstraße Gezeigte ist Eigentum der Staatsbibliothek und wird dorthin zurückgehen —, so darf man nicht vergessen, daß mancher den Weg zur Musikschule findet, dem die Ausstellung in der Staatsbibliothek aus Zeitmangel unerreichbar bleibt. Hoffen wir also, daß die Musikschule auch in der nächsten Woche noch Platz hat für die kleine, aber sehr gut und übersichtlich zusammengestellte Schau. Die Staatsbibliothek hat umfangreiches Material zur Verfügung von Sinfonien, Kammermusikwerten und Klavierkompositionen, eine ganze Reihe kostbarer Handschriften, die so unendlich musikalisch sind. Ein Presto wird lebendig allein schon aus dem Bild, das die Noten geben. Hastig, stehend sind sie hingesetzt, ganz anders als in einem langsamen, getragenen Satz. Man steht vor den Werken des großen Meisters, die man kennt und liebt, liest die Latte und hört sie im Ohr klingen und schauert ein wenig zusammen vor diesen vergilbten Blättern, die so von Leben und Tod zugleich reden. Briefe liegen aus in Beethovens großer, schwer leserlicher, eigenwilliger Handschrift, Erstdrucke prunten mit ihren wunderhübschen, geflochtenen Titeln, Quittungen und Wirtschaftsbücher erzählen vom engen, beengten Dasein eines Großen. In dieser Ausstellung erfährt man, daß es geschehen kann: Hundert Jahre sind wie ein Tag.

Eine zeitgemäße Erinnerung. Werner Siemens, der berühmte Entdecker des dynamischen elektrischen Prinzips und erste Erbauer der auf diesem Prinzip beruhenden Dynamomaschinen, war in jungen Jahren preussischer Artillerieoffizier und betätigte sich als solcher im schleswig-holsteinischen Kriege von 1848-49, wo ihm der Schutz der Häfen Friedrichsort bei Kiel und Eckernförde durch Bogung unterseerischer Minen, die er vorgeschlagen hatte und zum ersten Male in Anwendung brachte, anvertraut war. Er hatte sich damals auch schon besondere Verdienste um die Anlegung des preussischen Telegraphennetzes erworben und war für diese Arbeiten zur Dienstleistung bei dem Handelsministerium kommandiert worden. Eine Verlängerung dieses Kommandos war nicht zu erwarten, wie Siemens überhaupt bei der herrschenden Reaktion nicht gut angeschrieben war. Er sagt darüber in seinen Lebenserinnerungen: „Die politische Rückströmung war damals so stark geworden, daß mir die im dänischen Kriege bewiesene deutsche Gesinnung (er hatte z. B. in der seinem Befehl unterstellten Festung Friedrichsort die deutsche schwarzrotgoldene Nationalflagge gehißt) in den herrschenden Kreisen zum Vorwurf gereichte.“ Siemens nahm damals seinen Abschied, konnte sich aber auch nicht entschließen, endgültig in dem preussischen Staats-telegraphendienst zu verbleiben, wo man ihn gern als Leiter der Technik behalten hätte. Da er eine vierzehnjährige Militärdienstzeit hinter sich hatte, davon mehr als zwölf Jahre als Offizier, so war er pensionsberechtigt. Er schreibt darüber: „Auf die mir zu zustehende Pension verzichtete ich, da ich mich gründlich fühlte und kein vorchristumliches Invalidentätensattest einreichen mochte.“ Dabei befand sich Siemens keineswegs in guten und gesicherten Vermögensverhältnissen, sondern hatte schwer um das Ausbleiben der von ihm im Verein mit dem Mechaniker Halske gegründeten Firma Siemens u. Halske zu ringen. Er war ja auch kein erfolgreicher General, wie die Herren Lubendorf, Müttwig und so viele andere, sondern nur ein erfolgreicher einfacher Offizier gewesen. Daher auch die einfache schlichte Gesinnung, die der deutschen Republik, wenn sie bei vielen hohen Militärs vorhanden wäre, jährlich viele Millionen ersparen würde.

Gruppenführungen der Woche. Dienst. Städt. Oper: „Von deutscher Seele.“ Th. u. d. Königgräber Straße: „Lied.“ — Donnerst. Städt. Oper: „Der arme Heinrich.“ — Freit. Th. am Rollendorfer Platz: „Drei arme Heide.“ Th. u. d. Kommandantenstraße: „Berlin, wie es einst und ist.“ Th. im Admiralspalast: „Viva la femme.“ Rose: Th. Die beiden Nachzügler. — Sonnab. Oper am Platz der Republik: „Campy.“ — Sonntag. Wallner: Th. „Der Herr Senator.“

Opern-Vorhänge. Rent. (5), Dienst. (9), Donnerst. (5), Das Rätsel der Schöpfung. — Mont. (7, 9), Dienst. (7), Mittw. (9), Donnerst. (7), Freit. (7, 9), Sonnab. (5), Sonntag. (5): Das schaffende Amerika. — Mittw. (5), Sonnab. (5), Sonntag. (9): Der Tanz im Wandel der Zeiten. — Donnerst. (9), Sonnab. (5), Sonntag. (7): Sommerfahrt durch Alaska.

5. Tanzmaler der Volksbühne E. B. Karlen zu dieser Tanzmaler, die von der Gruppe Eronow-Trümper in Gemeinschaft mit dem Sprech- und Bewegungstheater der Volksbühne E. B. bestritten wird und am morgigen Sonntag 11, Uhr im Theater am Bülowplatz stattfindet, sind in beschränkter Anzahl noch an der Theaterkasse vor Beginn der Vorstellung zum Preise von 1,20 M. erhältlich.

Preußen protestiert.

Gegen die Zurücksetzung Preußens und die Bevorzugung Bayerns.

In der zweiten Lesung des Finanzausgleichs, die der Steueraussschuß des Reichstages am Sonnabend begann, gab der preussische Vertreter eine Erklärung ab, die scharf gegen die Bevorzugung der süddeutschen Staaten infolge der Erhöhung der Biersteuerzuschläge Stellung nahm. In der Erklärung heißt es u. a.: „Eine derartige ungleiche Berücksichtigung der einzelnen Reichsteile muß zu völlig unerträglichen Verhältnissen in Deutschland führen, zumal im Vergleich zu der freileibigen Bemessung der erhöhten Biersteuerabfindungen auch der Westen und das gesamte besetzte Gebiet stiefmütterlich behandelt werden. Die preussische Staatsregierung würde ihre elementarsten Pflichten gegenüber den durch den Kriegsausgang schwer beschädigten Landesteilen veräußen, wenn sie sich solchen Plänen nicht widersetzen würde; sie ist überzeugt, daß die Bevölkerung dieser Gebiete im Osten, Westen und Norden eine andere Haltung nicht verstehen würde.“

Danach ist also damit zu rechnen, daß Preußen im Reichsrat gegen das Gesetz über die Biersteuererhöhung Einspruch erhebt, so daß sein weiteres Schicksal ungewiss ist.

Erklärungen des preussischen Finanzministers.

Gleichzeitig gab im Hauptausschuß des Preussischen Landtages Finanzminister Dr. Höpfer-Kischoff zum Finanzausgleich eine Erklärung ab, die den Einspruch Preußens beim Reich begründete und darauf hinwies, daß entgegen den Ansprüchen Bayerns, Preußen sich auf seine Mehrerträge an anderen Steuern berufen könne. Während Bayern, Baden und Württemberg Dazuzuwendungen erhalten, sind sogar die einmaligen Ausgaben für die kulturellen und wirtschaftlichen Forderungen der Grenzgebiete von der Reichsregierung gekürzt und auf nur 25 Millionen Mark beschränkt worden. Der Minister fuhr fort:

Bei dieser Situation muß ich auch an dieser Stelle die Auffassung der preussischen Staatsregierung dahin mit Nachdruck darlegen, daß wenn überhaupt Reichsmittel für Sonderfinanzausgleichszwecke verfügbar sind, nur eine auf die berechtigten Ansprüche sämtlicher Länder gleichermäßen Rücksicht nehmende Verwendung in Betracht kommen darf. Dabei darf niemals vergessen werden, daß von jeder Mark, die das Reich ausgibt, rund 60 Pfennig in Preußen aufzubringen sind.

Die Staatsregierung verkennt durchaus nicht, daß einzelnen Ländern, die, wie z. B. Bayern und Hessen sich vorübergehend in einer finanziell schwierigen Lage befinden, durch vorübergehende Maßnahmen geholfen werden muß. Diese Hilfe darf aber nicht in einer ungerechtfertigten Bevorzugung einzelner Länder durch Zahlung einer unvorhältnismäßig

hohen ewigen Rente

bestehen. Eine derartige ungleiche Berücksichtigung der einzelnen Reichsteile läßt außer acht, daß gerade Preußen durch den Verfall der Reichsrenten und die gewaltigen Eingriffe der Nachkriegszeit schwerer als alle anderen Länder betroffen ist.

Wenn die preussische Staatsregierung sich einer derart ungleichen Behandlung widersetzt, so ist sie überzeugt, daß sie auch im Sinne der Bevölkerung der durch den Kriegsausgang schwer betroffenen Landesteile handelt.

Rätseln um die Albanienkommission.

Die Furcht vor den deutschen Mitgliedern. — Zweifel, ob Italien annimmt.

Paris, 26. März. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Botschafter, Lord Crewe, hat am Freitagabend eine Besprechung mit Briand über den italienisch-jugoslawischen Konflikt gehabt. Es wird in dem darüber ausgegebenen offiziellen Communiqué nach wie vor betont, daß die englische und die französische Regierung im Prinzip bereit sind, eine Untersuchungskommission von militärischen Sachverständigen, die nicht dem diplomatischen Korps von Belgrad angehören, an Ort und Stelle zu entsenden. Damit soll den Vorwürfen entgegengetreten werden, die in der hiesigen nationalistischen Presse gemacht wurden. Diese Blätter hatten betont, daß, falls die Militärattachés von Belgrad mit der Angelegenheit betraut würden, notwendigerweise auch Deutschland in der Untersuchungskommission vertreten sein müsse, da die Verhandlungen über die Liquidierung des Zwischenfalls in den letzten Wochen zwischen Berlin, London und Paris geführt worden waren. Auf Grund des Verfallens des Vertrages hat aber, so betont die nationalistische Presse hier wiederholt, Deutschland nicht das Recht, Militärattachés in den Hauptstädten zu unterhalten. Diesem Vorwurf scheint jetzt Briand dadurch aus dem Wege gegangen zu sein, daß er sich mit dem englischen Botschafter über die Entsendung von militärischen Sachverständigen nach Jugoslawien geeinigt hat, die nicht dem diplomatischen Korps angehören und von den betreffenden Staaten ausdrücklich zu diesem Zwecke ernannt werden sollen. Die Aufgabe der Kommission soll, immer dem Communiqué zufolge, dahin gehen, auf beiden Seiten der jugoslawischen Grenze Nachforschungen nach eventuellen militärischen Rüstungen vorzunehmen. Die Kommission wird aller Voraussicht nach aus militärischen Sachverständigen Frankreichs, Großbritanniens und Englands bestehen. Italien und Jugoslawien werden nur „Beobachter“ in diese Kommission schicken. Dieser Entwurf wird der Belgrader Regierung unterbreitet werden, der übrigens Briand auf diplomatischem Wege schon mitgeteilt hat, daß die Entsendung einer von dem Völkerbund ernannten Kommission auf Schwierigkeiten stoßen würde. Diese Projektur würde die Anrufung des Völkerbundes nötig machen, die seinerseits wieder die Liquidation des Zwischenfalls hinausschieben könnte. Sowie Belgrad sich zu der von Briand und Lord Crewe ausgearbeiteten Lösung geäußert hat, wird dieselbe der Regierung Russolins unterbreitet werden. Die Blätter glauben hier, daß, falls Belgrad annehmen sollte, die Regierung Russolins keinerlei Widerstände gegen diese Projektur geltend machen wird.

Kein Frauenwahlrecht in Frankreich.

Ausschlußmehrheit gegen die Einführung.

Paris, 26. März. (W.T.S.) Der Wahlrechtsausschuß der Kammer hat heute mit sieben gegen fünf Stimmen beschlossen, den Vorschlag seines Berichterstatters, den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu verleihen, zu verwerfen.

Bestrafte Befehlsgewalt. Vor dem französischen Kriegsgericht in Mainz fand die Verhandlung gegen die beiden Soldaten statt. Ne am 8. Januar am oberen Zahlbacher Jüdischen, darunter zwei Frauen, durch Faustschläge auf den Kopf schwer mißhandelt hatten. Der eine der beiden Soldaten, der bereits verurteilt ist, wurde zu drei Monaten Gefängnis ohne Strafaufschub, der zweite zu der gleichen Strafe mit Strafaufschub verurteilt; er erhielt wegen Betrunkensein 15 Tage Gefängnis.

Das Recht auf die Strafe.

Gestern nacht kam es in Lichtenberg an zwei verschiedenen Stellen wieder zu Schlägereien zwischen Rechtsradikalen und Kommunisten. Der erste Zusammenstoß entbrannte vor dem Hause Gärtelstraße 40. Mehrere Stahlhelmer waren mit politisch Andersgesinnten in ein Handgemenge geraten, in dessen Verlauf zwei Stahlhelmer Verletzungen davontrugen und auf der Lichtenberger Rettungswache verbunden werden mußten, von wo sie in ihre Wohnungen entlassen werden konnten. — An der Ecke Scharnweber- und Kronprinzenstraße kam es zu Tauschereien zwischen Kommunisten und Mitgliedern des Jungdo. Zwei Jungdoleute trugen Verletzungen am Kopf davon und mußten ebenfalls die Hilfe der Rettungswache in Anspruch nehmen. In beiden Fällen sind die Täter unerkannt entkommen.

Nach der Schlacht auf dem Bahnhofe von Lichterfelde-Ost, provoziert von den Hakenkreuzern, war die Stimmung der Berliner Bevölkerung zweifellos gegen die Rechtsradikalen. Das Verlangen nach durchgreifenden Maßnahmen gegenüber den Gewalttaten der Rationalsocialisten war allgemein und eindringlich. Es war in diesem Falle handgreiflich erwiesen, daß die Schuld an dem Auftreten der Jünglinge des Stahlhelms gelegen hat. Ihre Brutaltaten an anderen Stellen der Stadt hatten diesen Eindruck noch verstärkt. Nach den Vorkommnissen bei den kommunistischen Demonstrationen hat sich das gründlich geändert. Für wen oder gegen was sollte die Demonstration geschehen? Doch wohl gegen den Terror der Rechtsverbände, und der Umzug sollte gerade deswegen im Westen der Stadt vor sich gehen. War dem so, dann mußten die kommunistischen Führer ihren Massen strikte Innehaltung von Ruhe und Ordnung einschärfen. Gerade bei dieser Gelegenheit mußte die Bevölkerung den Eindruck bekommen, daß die proletarischen Massen, selbst wenn sie in Uebermacht sich befinden, ruhig und sachlich für ihre Meinung demonstrieren. Gegenüber den Polizeibeamten ruhige seltsame Haltung, Einfügen in die gegebene Straßen- und Verkehrsordnung. Statt dessen scheint von vornherein eine gereizte Stimmung gegen die dienstlich verpflichteten Beamten vorherrschend gewesen zu sein. Haben auch einzelne Polizeibeamte darin gefehlt, daß sie gegen den Terrorismus der Stahlhelmeute nicht mit der notwendigen Energie vorgegangen sind, so muß der Protest hiergegen auf ganz andere Weise zum Ausdruck gebracht werden. Lange, ehe die Berliner Arbeiterschaft sich das Recht auf die Strafe eroberte, bestand es in England. Auch dort werden Demonstrationen von Polizeibeamten begleitet. Einige an der Spitze des Zuges, eine Anzahl am Schluß, und die übrigen flankieren in mehr oder weniger größeren Abständen zu beiden Seiten des Zuges. Beide Teile, die Demonstranten wie die Beamten, wissen, daß die Begleitung zum Schutze der Demonstranten geschieht gegen-

über gegnerischen Gruppen, die etwa störend sich den friedlich Marschierenden entgegenstellen wollten. Selbstverständlich, daß auf den Verkehr die nötige Rücksicht genommen werden muß.

Es gehört in der Tat die ganze Ungleichheit der kommunistischen „Führer“ dazu, den steigenden Unwillen der Berliner Bevölkerung gegenüber den Hakenkreuzern von diesen ab auf die eigene Partei zu lenken. Es war von vornherein anzunehmen, daß die Polizeibeamten nach den Vorhaltungen, die man ihnen in den letzten Tagen gemacht, zu härterem Vorgehen gegenüber jeglichen Ausschreitungen geneigt sein würden — vielleicht auch durch Befehl dazu veranlaßt. Auf der anderen Seite die in berechtigtem Zorn gegenüber den Stahlhelmen aufgeregte Masse der Kommunisten. Da waren die kommunistischen Demonstrationen immerhin ein nicht ungefährliches Experiment, das eine Führerschaft, die sich der Verantwortung für die möglichen Folgen bewußt war, hätte vermeiden müssen.

Eines steht fest: Das Recht auf die Strafe wird nicht dadurch gesichert, daß politische Gegner sich bei jeder Gelegenheit zu perprügeln trachten. Die Kommunisten haben das besondere Talent, Demonstrationen gerade in einem Augenblick zu veranstalten, in dem die Spannung gerade einen so hohen Grad erreicht hat, daß es unvernünftig zu Zusammenstößen kommen mußte.

Der Stahlhelm macht im Westen Quartier.

In Potsdam werden zur Tagung der Stahlhelmer vom 5. bis 9. Mai für 10 000 Mann Quartier gesucht. Unter Parteiorgan, das „Potsdamer Volksblatt“, bringt am Freitag dazu folgende Notiz: „In der letzten Nummer des „Anfänger“ befindet sich das ins einzelne gehende Programm der Stahlhelmtagung. Darunter steht Montag, 9. Mai, Veranstaltung in Potsdam, Gebetsakt in der Garnisonkirche, danach Ansprache des Oberbürgermeisters von Potsdam auf dem Postplatz, darauf Besichtigung des Schlosses von Sanssouci. 2 Uhr gemeinsames Essen, veranstaltet von der Stadt Potsdam. Wir fragen den Herrn Oberbürgermeister Kaufner, ob er seine Teilnahme am Stahlhelmtag zugestimmt, ob er die Begrüßung versprochen und ob ein Mittagessen auf Kosten der Stadt den Stahlhelmen gegeben werden soll.“

Ueberrigens wird auch in den westlichen Berliner Kundendörfern wie Lichterfelde, Antanitz, Südenbe, Dahlem, vornehmlich aber in Zehlendorf, Nikolassee, Schlachensee und Wannsee eifrig für den Stahlhelm Quartier gemacht. Als das Reichsbanner in Magdeburg und Hamburg seine gemaltige Heerschau abhielt und in Berlin seine großartige Verfassungsfest, da waren es die Viertel der arbeitenden und der armen Bevölkerung, die den Massen bereitwillig Quartier einräumten. Der Stahlhelm scheint aus besonderen Gründen darauf verzichten zu müssen, seine Studenten und Gymnasialisten mit dem arbeitenden Volk in Berührung zu bringen.

Vater und Sohn.

Einer beschuldigt den anderen.

Sie sind — Vater und Sohn — erbitterte Feinde. Der Vater beschuldigt den Sohn, ihm Falshood, Deden und Rissen gestohlen zu haben: „Ich erkenne ihn als Sohn nicht an, von klein an war er ein Lügner. Er hat nie etwas lernen wollen. Wegen seiner Faulheit ist ihm trotz der Begabung die Freistelle in der Oberrealschule verwehrt worden. Auf seinen Lehrstellen hat er immer wieder Betrügereien und Unterschlagungen begangen.“ Der Sohn: „Ich erkenne diesen Mann nicht als meinen Vater an; er lebt mit einer Dirne. Meine Mutter ist an ihm zugrunde gegangen. Er hat sich nach zu ihren Lebzeiten mit fremden Weibern herumgetrieben und hat sie mit einer Geschlechtskrankheit infiziert.“ Der Vater: „Es ist nicht wahr. Aus Gram über ihn ist die Mutter gestorben. Als er wegen seiner Verbrechen hinter festen Mauern saß, ist sie totgegangenen am das Gefängnis herumgeschlichen, aus Kummer um ihren geliebten Sohn. Er hat eine schlechte Charakteranlage, es lebt in ihm ein Hang zum Verbrechen. Sein Abenteuerdrang hat ihn stets an einem geordneten Leben gehindert; ich habe ihn bei mir arbeiten lassen, er hat Veruntreuungen begangen und jetzt hat er mich gestohlen. Strenge Bestrafung fordert er.“ Der Sohn: „Er trägt die Schuld an meinem Ruin. Ich bin ein junger Mensch gewesen. Wir lebten in guten Verhältnissen. Er hat mir aber keinen Pfennig Taschengeld gegeben, deshalb bin ich zu meinen Verfehlungen gekommen.“

So beschuldigen vor Gericht und in aller Öffentlichkeit Vater und Sohn einander. Der Vater, Ingenieur, früher einmal Direktor eines großen Werkes; als er ins Feld kam, blieb die Familie mittellos und der Sohn ohne Aussicht. Als er aus dem Kriege zurückkehrte, herrschten im Hause unergiebige Verhältnisse. Der Vater war streng und verstand es nicht, den Weg zum Herzen seines Sohnes zu finden. Vielleicht war dieser gar nicht so schlimm; seine drei Geschwister halten zu ihm und sprechen gegen den Vater. Sie wünschen auch nicht die Bestrafung ihres Bruders, denn das Falshood, die Rissen und Deden gehörten allen, nicht allein dem Vater. Und so sprach das Gericht den jungen Menschen frei: es habe ihm das Bewußtsein der Widerrechtlichkeit seines Tuns gefehlt, da auch er sich als Eigentümer der Sachen habe betrachten können.

Vater und Sohn verließen als Feinde den Gerichtssaal, wie sie als Feinde gekommen waren. Der Vater schämte vor Gut wegen des freisprechenden Urteils, er drohte, Berufung einzulegen, obgleich er gar nicht das Recht dazu hat. Der intelligente und redigewandte Sohn ging, ohne zu grüßen, am Vater vorbei, wieder ins Leben hinaus. Wer weiß, ob nächstens der Ankläger nicht jemand anderes als der Vater sein wird. Dann wird der Richter seine Rücksicht über können. Der verlorene Sohn wird dann zum verlorenen Menschen.

Nachspiel zum Bothmer-Prozess.

Gegen den im Prozess gegen die Gräfin Ellinger v. Bothmer viel genannten Polizeihauptmann Hester ist jetzt ein Disziplinarverfahren im Gange. Hester war früher Polizeihauptmann in Potsdam und soll hier, als er die Gastfreundschaft im Hause des Regierungsrats Grafen v. Bothmer genossen, in ehemidriger Beziehung zu der Frau des Regierungsrats gestanden haben. Die Anschuldigung stützt sich auf diesen Punkt. Hester hatte seinerzeit im Prozess der Gräfin Bothmer seine Auslage verweigert, als er danach befragt wurde, ob er mit der Frau in intimen Beziehungen stehe. Die Verhandlung wird vor dem Disziplinarhof in Potsdam stattfinden. Als Rechtsbeistand tritt Rechtsanwalt Dr. Frey auf, der die Gräfin Bothmer in der Berufungsinstanz vertreten.

Beethoven-Konzert der Arbeiterfänger.

Der „Deutsche Arbeiterfängerbund“, Gau Berlin, bringt im Rahmen der städtischen Beethoven-Fest Sonntag nachmittag 1/2 Uhr im Lustgarten, vor der Freitreppe zum alten Rusum, u. a. einen selten zu hörenden Beethoven-Chor zum Vortrag (Dirigent: Walter Hänel): „Bundeslied“ Op. 122 Gedicht von Goethe. Das kleine Werk mit Blasorchesterbegleitung wird von Kinder-, Frauen- und gemischten Chören der Berliner Arbeiterfänger, unter Mitwirkung des städtischen Blasorchesters (Dirigent Wolfgang Reitschlag), vorgetragen.

Platzkonzert des Reichsbanners. Sonntag, den 27. März, mittags 1 Uhr, findet von den vereinigten Tambourkapellen ein Platzkonzert auf der Schillerpromenade in Neukölln statt.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Der „olle eheliche“ Seemann.

Die Juwelen in der Stahlkassette.

Mit dem Juwelenschatz eines angeblichen Seemanns beschäftigt sich die Berliner Kriminalpolizei schon seit dreiviertel Jahren. Jetzt ist es endlich gelungen, die dunkle Angelegenheit wenigstens teilweise zu klären. Anfang Juli 1926 wurde unter Typhusverdacht in das Bismarck-Krankenhaus ein Mann eingeliefert, der sich Seemann Georg Sandowski nannte und angeblich, am 14. Dezember 1894 in Riga geboren zu sein. In seiner Seemannskasse fand man eine Stahlkassette mit einer Anzahl sehr wertvoller Schmuckstücke. Es befanden sich darunter ein Smaragd im Werte von 12 000 Mark, eine einhalb Meter lange Kette, ein Platinpfeil mit großen Brillanten und mehrere schwere Platinbrotscheiben mit Brillanten. Weil der Verdacht bestand, daß der Besitzer diesen wertvollen Schatz auf unredlichem Wege erworben habe, wurden die Sachen von der Kriminalpolizei beschlagnahmt. Der Seemann wurde im Krankenhaus wieder gesund und konnte dann eingehend verhört werden. Er sei im Jahre 1914 als Steward zur See gegangen und habe seitdem viele große Fahrten gemacht. Die Schmuckstücke habe er zum Teil vor Jahren schon in Riga gekauft und zum Teil während der russischen Revolution in Petersburg gekauft und auch gefunden. Diese Behauptung war nicht zu widerlegen. Sandowski wurde nach seiner Genesung aus dem Krankenhaus entlassen und verkaufte durch seinen Rechtsbeistand wiederholt, den Schatz herauszubekommen. Die Herausgabe wurde aber verweigert, weil immer noch der Verdacht des unredlichen Erwerbs bestand. Auf einem der Schmuckstücke fand man die Firma Cartier in Paris. Die Pariser Kriminalpolizei stellte fest, daß ein Schmuckstück wie es das Kästchen enthielt, im September 1922 von einer Amerikanerin Frau Lucie Cartier in Paris gekauft worden war. Die Ermittlungen in Amerika ergaben jedoch, daß Frau Lucie diesen Schmuck auch heute noch besitzt. Sandowski blieb während all dieser Ermittlungen im In- und Auslande auf freiem Fuße, bis er eines Tages bei einem Wohnungseinkauf auf der russischen Tatort ergriffen, festgenommen und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Nun ging bei der hiesigen Kriminalpolizei die überraschende telegraphische Mitteilung ein, daß der Seemann in Amerika unter anderem Namen bekannt ist. Nach den Fingerabdrücken, der Photographie und allem Material, das den amerikanischen Behörden von der hiesigen Kriminalpolizei übermittelt wurde, ist festgestellt worden, daß Sandowski ein Mann ist, der unter dem Namen „John Lapinski“ und „Nieder“ in Amerika wegen Einbruchs und Diebstahls bereits bestraft ist und jetzt von dem Gefängnis Palm-Beach in Florida gesucht wurde. Seine Auslieferung wird von Amerika beantragt werden.

Die Hochbahn im Jahre 1926.

Die Berliner Hochbahngesellschaft, die bekanntlich jetzt ganz in den Besitz der Stadt übergegangen ist, veröffentlicht jeden ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1926. Erwähnt werden darin die Bestrebungen, die auf eine Vereinheitlichung der drei großen Berliner Verkehrsunternehmen abzielen. Die Nachteile der Tarifkonkurrenz, die noch im Jahre 1926 bestanden hat, bewährten einen Rückgang der Verkehrszahlen der gesamten Berliner Schnellbahnen von 172,53 Millionen Personen im Jahre 1925 auf 163,18 Millionen Personen. Die einzelne Fahrt brachte im Durchschnitt der Hochbahngesellschaft 17,33 Pfennig. Das heißt reine kommunale Unternehmen beschäftigte 5 600 Angestellte und Arbeiter, darunter 600 Frauen. Außerdem waren bei den Neubauten und der Wagenmontage 450 Personen tätig. Aus dem finanziellen Ergebnis, das im einzelnen noch zu würdigen sein wird, ist hervorzuheben, daß ein Reingewinn von rund 5 Millionen erzielt worden ist, aus dem 5 Prozent Dividende an die Aktionäre, also an die Stadt gezahlt werden, so daß zum Vortrag für das neue Jahr noch Abzug der Aufsichtsratsanteile von 601 635 M. übrig bleiben.

Genosse Max Hehl, Stadtverordneter und Vorsitzender des Kupfer- und Zinnhandels, ist von einem Gehirnschlag betroffen worden, der den erst 54jährigen vermutlich für längere Zeit seiner Tätigkeit in der Arbeiterbewegung fernhalten wird.

Die Stadtordehnungsversammlung hat ihre nächste Sitzung am Donnerstag um 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die Fortsetzung der in der vorigen Sitzung infolge der Prügeln abgebrochenen Beratung der Anträge betr. Demonstrationen und Zusammenkünfte.

Im Bett erstickt. Einen tragischen Tod fand gestern das neun Monate alte Kind Heinz des Kaufmanns R. in der obersten Wohnung in der Schleiermacherstraße. Als das Ehepaar abends kurz vor 12 Uhr heimkehrte, fand es das Kind unter dem Deckbett leblos vor. Ein sofort hinzugerufener Arzt stellte den Erstickenstod fest.

Lohn und Arbeitszeit der Metallarbeiter

Zur Vereinbarung über die Transport- und Hilfsarbeiterlöhne.

In unserer heutigen Morgenausgabe haben wir bereits das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Organisationen, die dem Metalltarif angegeschlossen sind, und dem BMM über die Löhne der Transport- und Hilfsarbeiter der Berliner Metallindustrie mitgeteilt. Danach sind die Löhne der Transport- und Hilfsarbeiter um 5 Pfennig, der Arbeiterinnen um 4 Pfennig und der Jugendlichen in entsprechendem Abstand erhöht worden.

Dieses Ergebnis läßt noch manches zu wünschen übrig. Sowohl das Ausmaß der Lohnerhöhung als auch die Dauer der Laufzeit der Lohnvereinbarung befriedigen nicht ganz. Wenn schließlich sämtliche beteiligten Arbeitervertreter, gleichgültig, wie sie sonst politisch eingestellt sein mögen, dem Verhandlungsergebnis zugestimmt haben, so geschah dies aus Erwägungen heraus, die den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen.

Man kann wohl sagen, daß das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller das höchste war, was überhaupt herauszuholen ist, wenn man berücksichtigt, daß leider ein immer noch viel zu großer Teil der Transport- und Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen der Berliner Metallindustrie den Weg zur Organisation nicht gefunden hat. Sämtliche Organisationsvertreter waren sich darin einig, daß mehr nur durch einen offenen Kampf herausgeholt werden kann, wenn die Führung dieses Kampfes unter den gegebenen Organisationsverhältnissen der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen begründete Aussicht bieten würde, bis zum siegreichen Ende durchzuhalten. Die Arbeitervertreter waren sich klar darüber, daß diese Aussicht bei einem langandauernden Kampf für den Augenblick noch nicht besteht.

Wohl hat sich in der letzten Zeit ein erfreulicher Aufschwung im Organisationsverhältnis ergeben, wohl ist es durchaus wahrscheinlich, daß es den Organisationen gelingen würde, im ersten Anlauf die große Masse der Unorganisierten mitzureißen. Aber bei einem so

folgschwereren Kampfe mit einer Organisation wie dem BMM, muß von vornherein mit einem Kampfe von langer Dauer gerechnet werden. Und da ist es mehr als fraglich, ob die Widerstandskraft der großen Masse im Kampfe bestehen würde.

Immerhin: Es ist ein gewerkschaftlicher Erfolg. Es ist gelungen, in freier Vereinbarung die Löhne der Hilfsarbeiter und Transportarbeiter der Metallindustrie um 5 Pfennig die Stunde oder um 7½ bis 8 Proz. zu erhöhen. Wenn man den Weg über die, der zurückgelegt wurde seit dem Tiefstand der Löhne im Jahre 1924, wo die Hilfsarbeiterlöhne 37 bis 40 Pfennig betragen, dann kann niemand verkennen, wie erfolgreich die Organisation für die Interessen der Hilfs- und Transportarbeiter der Metallindustrie sich eingeleistet hat. Wenn dieser Erfolg unbefriedigend ist, so liegt das eben daran, daß so viele Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Metallindustrie noch nicht begriffen haben, daß sie, indem sie die Gewerkschaftsbeiträge „sparen“, in Wirklichkeit den Unternehmern ersparen, ausreichende Löhne zu zahlen.

Kunmehr werden für die Berliner Metallindustrie die Verhandlungen über den Manteltarif beginnen. Auch bei diesen Verhandlungen wird der Kampf nicht nur um die Arbeitszeit, sondern auch um die Löhne gehen. Es wird sich darum handeln, erstens die Arbeitszeit in Einklang zu bringen mit der Arbeitslosigkeit und mit dem gesteigerten Arbeitstempo, zweitens die Löhne diesem gesteigerten Arbeitstempo anzupassen. Nur so ist in dem Vorschlage des Metalltarifs der Passus zu verstehen, daß am fließenden Band die Akkordarbeit nicht gestattet werden soll. Hier wird also unvermeidlich die Lohnfrage gleichfalls angeschnitten werden müssen.

Für die Metallarbeiter gilt es jetzt, alle Kräfte zu sammeln, damit die Gewerkschaftsvertreter bei den kommenden Verhandlungen eine starke und geschlossene Front hinter sich haben.

Das Eingeständnis.

Wie ein Volksparteiler das Kompromiß bewertet.

Der Pressedienst der Deutschen Volkspartei, die „Nationalliberale Korrespondenz“, veröffentlicht in Nr. 60 vom 29. März aus der Feder des Abgeordneten Otto Thiel, ein prominenter Vertreter der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes, einen Kommentar zu dem Kompromiß des Bürgerblocks in der Arbeitszeitfrage. Man wird vielleicht annehmen, daß Herr Thiel sich bemüht, nachzuweisen, daß das Kompromiß des Bürgerblocks immerhin eine Reihe von Verbesserungen für die Arbeiterchaft enthalte. Weit gefehlt. Dieser christliche Gewerkschaftsvertreter bemüht sich, nachzuweisen, daß das Kompromiß weit davon entfernt ist, den Achtstundentag wieder herzustellen, im Gegenteil als normale Arbeitszeit den Zehnstundentag vorstellt. Diese Beweisführung ist Herrn Thiel durchaus gelungen. Wir zitieren:

Insofern, als diese Regelung den wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht genügen sollte, bleibt es dabei, daß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Wege des Tarifvertrages bis zu 10 Stunden die tägliche Arbeitszeit vereinbart werden kann. Im Falle des Nichtzustandekommens eines Tarifvertrages können verbindlich erklärte Schiedsgerichte der Schlichtungsstellen an Stelle von Tarifverträgen treten. Schließlich besteht die Möglichkeit, daß, wo auch dieser Weg nicht gangbar erscheint, die Gewerbeaufsichtsbehörden die Bestimmungen treffen, die im Wege von Tarifverträgen getroffen werden können. Das neue Gesetz wird jedoch bestimmen, daß binnen drei Monaten nach Ablauf eines Tarifvertrages, durch den die Arbeitszeit geregelt war, die Aufsichtsbehörden längere Arbeitszeiten nicht zulassen dürfen als sie nach dem Tarifvertrag zulässig gewesen wären.

Zußer dieser Darstellung, die den Kern des ungeheuerlichen Betruges enthält, den die Bürgerblockparteien zu verüben versuchen, indem sie unter Vorgabe der Wiederherstellung des Achtstundentages tatsächlich den Zehnstundentag zum Gesetz erheben wollen, erklärt der christliche Gewerkschaftsvertreter und volksparteiliche Abgeordnete Thiel eingehend, wie und wo die Unternehmer in der Lage sind, von sich aus oder mit Hilfe der Behörden die Arbeitszeit zu verlängern. Unsere Leser sind darüber im Bilde.

Der Abgeordnete Thiel weist den Unternehmern auch weiter nach, daß sie nicht nur den Zehnstundentag einführen, sondern auch ohne Genehmigung und ohne Tarifvertrag bei Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten eine Arbeitszeit von mehr als zehn Stunden festsetzen können. Er verrät dabei, daß bei Schaffung dieser Bestimmung in erster Linie an Fälle gedacht wurde, wie sie sich insbesondere in Handwerksbetrieben ereignen.

Schließlich schreibt der christliche Gewerkschaftsvertreter und volksparteiliche Abgeordnete der Schwerindustrie:

Die Gewerkschaften versprechen sich von der obligatorischen Einführung eines angemessenen Ueberstundenzuschlages eine Einschränkung des Ueberstundenwesens und hoffen, daß dadurch das Heer der Erwerbslosen durch Einstellung von Arbeitskräften vermindert wird. Wenngleich von weiten Kreisen der Wirtschaft diese Befreiung weniger optimistisch beurteilt wird, so trägt der Befreiungswurf mit dieser Bestimmung doch auf jeden Fall einem psychologischen Bedürfnis Rechnung und ruft dadurch innenpolitisch günstige Wirkungen hervor.

Dieses zynische Eingeständnis eines angeblichen Gewerkschaftsvertreters, daß es sich bei dem Kompromißvorschlag in Wirklichkeit nur um weiße Salbe handelt, nur darum, „einem psychologischen Bedürfnis“ Rechnung zu tragen, um „innenpolitisch günstige Wirkungen“ hervorzurufen, während die „Wirtschaft“ genau weiß, daß damit gar nichts geändert wird, verdient besonders festgenagelt zu werden. Im übrigen wird sich Herr Thiel und mit ihm der gesamte Bürgerblock über die innenpolitisch günstigen Wirkungen, die dieses Kompromiß, wenn es wirklich zustandekommen sollte, zur Folge haben muß.

Frieden im Maßschneidergewerbe.

Der Würzburger Schiedspruch bestätigt.

Bei den gestrigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Verbindlichkeitsklärung des von den Unternehmern abgelehnten Würzburger Schiedspruches für das Maßschneidergewerbe, der eine Lohnerhöhung von 6 bis 9 Proz. vorsah, haben die Vertreter der Unternehmer nach wie vor ihren ablehnenden Standpunkt beibehalten. Es wurde darauf mit Zustimmung beider Parteien ein Schiedsgericht eingesetzt, das endgültig entscheiden sollte und das in seiner Entscheidung den Würzburger Schiedspruch vollinhaltlich bestätigte. Damit tritt dieser endgültig in Kraft. Die neuen Bestimmungen und Löhne für Zeitarbeiter gelten ab 19. März und für Akkordarbeiter ab 20. März.

Verbindlicher Schiedspruch.

Für die graphischen Hilfsarbeiter.

Der am 17. März vom Zentrallichtungsamt gefällte Schiedspruch, der den Reichstags für die Hilfsarbeiter in den Buch- und Zeitungsdruckereien auf die Dauer von zwei Jahren neu festgelegt und von den Buchdruckereibesitzern abgelehnt worden war, ist gestern vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden. Somit ist der Konflikt, der im graphischen Gewerbe infolge der unverständlichen Einstellung der Buchdruckereibesitzer auszubrechen drohte, vermieden worden.

Der 5-Uhr-Arbeitsbeginn in Bäckereien.

Bis zum 31. März 1928 verlängert.

Durch Bekanntmachung vom 21. März 1927, veröffentlicht im Stück 13 vom 26. März 1927 des Amtsblattes für den Landespolizeibezirk Berlin, wird die durch Bekanntmachung vom 24. März 1926 festgesetzte Frist für den 5-Uhr-Arbeitsbeginn in Bäckereien und Konditoreien unter dem Vorbehalt jeberzeitigen Widerrufs und unter folgenden Bedingungen bis zum 31. März 1928 verlängert.

Behringe unter 16 Jahren, die nicht in die Hausgemeinschaft des Lehrherrn aufgenommen sind, dürfen nicht vor 6 Uhr morgens beschäftigt werden.

Mit dem Austragen, Ausschalen oder Abgeben von Backwaren jeder Art darf nicht vor 7 Uhr morgens begonnen werden. Als Beginn des Austragens oder Ausschalens gilt der Zeitpunkt des Verlassens des Bäckereigrundstückes.

Die Behringe, die beim Meister in Logis sind, dürfen also auch dann von 5 Uhr früh an beschäftigt werden, wenn sie noch nicht 16 Jahre alt sind.

Einigung im Berliner Einzelhandel.

Die im Berliner Einzelhandel Beschäftigten nahmen am Freitagabend in einer überfüllten Versammlung Stellung zu dem Neuabschluss des Manteltarifs und des Lohnabkommens, der am 19. März zwischen dem Berkehrsbund und der Berliner Einzelhandelsgemeinschaft getroffen worden ist. Wir haben über die Verhandlungen und ihr Ergebnis ausführlich berichtet und auch mitgeteilt, daß die Funktionäre des Verhandlungsergebnis abgelehnt und beschloffen hatten, die endgültige Entscheidung den Handelsarbeitern selbst zu überlassen. Die Versammlung entschied sich nach einer eingehenden Aussprache für die Annahme des Verhandlungsergebnisses, so daß nunmehr nach den Angelegenheiten auch die Lohn- und Tarifbewegung der Handelsarbeiter, wenn auch nicht mit einem vollen, so doch mit einem ganz ansehnlichen Erfolg beendet worden ist.

Der Lohndruck nach der Stabilisierung.

Interpellation in der französischen Kammer.

Paris, 25. März. (M.T.B.) Die Tatsache, daß die Grubenbesitzer eine allgemeine Herabsetzung der Löhne für die Bergarbeiter beantragen, hat eine Reihe von Abgeordneten, die Bergwerksbezirke im Parlament vertreten, heute veranlaßt, Interpellationen in der Kammer einzubringen. Es sprachen die Vertreter der Departements Pas de Calais und Nord. Sie erklärten, die Arbeiter könnten nicht allein die Kosten der Wirtschaftskrise tragen, um so weniger, als die Förderungsleistungen weit höher seien als vor dem Kriege. Auch ein Vertreter des Norddepartements interpellierte und erklärte, daß nichts eine Herabsetzung der Löhne in den Gruben von Vorkriegszeiten und in den Kaligruben des Elsaß rechtfertige, da in beiden bedeutende Gewinne erzielt würden. Die Weiterberatung der Interpellationen wurde auf nächsten Freitag vertagt.

Die österreichische Arbeiterversicherung vor dem Abschluß.

Wien, 25. März. (M.T.B.) Der Ausschuss für soziale Versicherung des österreichischen Abgeordnetenhauses hat heute in seiner zweiten Sitzung das große Werk der Arbeiterversicherung zum völligen Abschluß gebracht. Bemerkenswert ist, daß nicht nur das Gesetz als solches, sondern auch die bis in die letzten Tage hinein umstrittenen Uebergangsbestimmungen, die die Inkraftsetzung des Gesetzes umfassen, ebenfalls heute glatt erledigt wurden. Das ganze Gesetzeswerk kommt am kommenden Donnerstag vor das Plenum des Abgeordnetenhauses und dürfte dort in drei bis höchstens vier Sitzungen ebenfalls verabschiedet sein. Damit hat dann die Mehrheit des Parlaments und die Regierung die größte Aufgabe, die ihr gestellt war, termingemäß erledigt.

Sport.

Internationales Eishockeiturier.

Mit einem großen internationalen Eishockeiturier beschließt der Sportpalast seine diesjährige Saison. Dem Berliner Schlittschuhklub (B.S.C.) war es gelungen, außer der Mannschaft des Hockey Club Chamonix-Mondrian auch die beste Schwedenmannschaft, den Goeta Idrottsklubben-Stockholm zu verpflichten. Gestern Abend nahm das Turnier mit zwei Spielen — Chamonix-B.S.C. und Schweden-B.S.C. (Sportclub Charlottenburg) — vor nicht sonderlich gut besuchtem Hause seinen Anfang. Man hat die Franzosen schon in besserer Spielverfassung gesehen, und dann waren die Schweden in folgenden Spiel den Schweden so unterlegen, daß der Verlauf des Turniers uninteressant, ja beinahe langweilig wurde. Im ersten Treffen blieb der Berliner Schlittschuhklub mit 3:1 Toren über die Chamonix siegreich. Die Charlottenburger (B.S.C.) mußten von den Schweden die hohe Niederlage von 0:10 Toren hinnehmen.

Theater der Woche.

Vom 27. März bis 4. April 1927.

Bollhäuser: 27. 28. 1. 2. 3. 4. Semler über Gottlieb. 29. M. Traumspiel. 30. Polpo. — Oper am Platz der Republik: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. — Schauspielhaus: 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 8